



Klaus Pichler

Wie die Deutsche Einheit in Bad Teinach-Zavelstein ankam

Eine Rückbesinnung nach 30 Jahren



Umschlagabbildungen:

vorne oben: Zavelstein mit Burgruine (Aufnahme Hans Schabert),

vorne unten: Ansicht von Großweitzschen (wikimedia commons),

hinten: Menschen auf der Berliner Mauer am 10.11.1989 (wikimedia commons).

Autor:

Klaus Pichler

Schulstraße 21

75385 Bad Teinach-Zavelstein

E-Mail: kpichler@t-online.de

© Herausgeber:

Kreisgeschichtsverein Calw e.V.

<https://kgv-calw.de>

Bad Wildbad, 2020

Satz und Layout: Michael Barth, Bad Wildbad-Calmbach

Wie die Deutsche Einheit in Bad Teinach-Zavelstein ankam

Eine Rückbesinnung nach 30 Jahren

Als am 3. Oktober 1990 die Deutsche Einheit vollendet wurde, lud, wie in vielen Städten und Gemeinden des Landes auch, die Stadt Bad Teinach-Zavelstein zu einem feierlichen Akt ein. Viele Bürger folgten der Einladung zu dieser wahrhaft historischen Feier. Die Welt strahlte an diesem Mittwochmorgen besonders warm und hell. Vor dem zwischen Zavelstein und Sommenhardt gelegenen Schulkomplex würdigte Bürgermeister Werner Krauss das Ereignis. Eine „Einheitslinde“ wurde gepflanzt, die Sängereinheit des Schwarzwalddistrikts sorgte für den passenden musikalischen Rahmen. Dieser sonnige Tag wurde zu einem Feiertag, wie ihn unsere Generation noch nie hatte erleben dürfen. Die Teilnehmer einte ein unbeschreibliches Gefühl von Freude und innerer Bewegung, schloss doch die Feier nicht nur ein außerordentlich turbulenten Jahr an diesem Tag des Glücks ab;

DER 3. OKTOBER 1990, DER TAG DER DEUTSCHEN EINIGUNG, WIRD

NATIONALFEIERTAG

Liebe Mitbürgerinnen und Mitbürger,

es gibt sicherlich viele unter uns, die es noch nicht glauben können, aber es gibt wirklich keinen Zweifel mehr: Der 3. Oktober, der Tag der Deutschen Einigung 1990, wird schon in diesem Jahr Nationalfeiertag der Deutschen sein. Damit wird im Grunde genommen das vollzogen, was im letzten Satz der Präambel zu unserem Grundgesetz in besonderer Weise zum Ausdruck gebracht wird. Dort steht der bemerkenswerte Satz: "Das gesamte deutsche Volk bleibt aufgefordert, in freier Selbstbestimmung die Einheit und Freiheit Deutschlands zu vollenden."


Sicherlich sind nicht alle momentan in der Lage, die geschichtliche Dimension und die Bedeutung dieses Tages ausreichend zu würdigen und es wird den Geschichtsschreibern vorbehalten sein, den Stellenwert der Wiedervereinigung in den Geschichtsbüchern zum Ausdruck zu bringen.

Gewiß liegen eine Menge Schwierigkeiten vor uns und es bedarf gewaltiger Anstrengungen, die Einheit im gegenseitigen Miteinander zu überwinden. Ich habe deshalb auch Verständnis dafür, daß sich viele die Frage stellen, wie sie den Tag der Einheit am 3. Oktober feiern sollen. Schließlich ist es 57 Jahre her, daß die Deutschen zuletzt in einem demokratischen Staat zusammen gelebt haben. Alle ungebrochenen nationalen Traditionen, sofern es solche in Deutschland überhaupt gab, wurden mit dem 2. Weltkrieg zerstört. Unsicherheit über die Art und Weise, wie wir die Einheit feiern können, sind verständlich und sprechen eher für die Deutschen als gegen sie. Zu selten hat die Geschichte in Deutschland eine so glückliche Wende genommen wie jetzt, daß wir uns ganz und gar unbefangen in die Feiern zur Deutschen Einheit stürzen können.

Trotzdem sollten wir diesen Tag nicht untätig verstreichen lassen. Im Benehmen mit der Sängereinheit des Schwarzwalddistrikts Bad Teinach und unter deren Mitwirkung möchte ich Sie, meine lieben Mitbürgerinnen und Mitbürger, zu einer kleinen Feier am **3. Oktober 1990, 11.00 Uhr, bei der Grundschule, einladen.**

Über Ihre Teilnahme würde ich mich sehr freuen.

Mit freundlichem Gruß


W. Krauss
Bürgermeister

Einladung der Stadt Bad Teinach-Zavelstein zum ersten Nationalfeiertag

es beendete auch den Fall des Eisernen Vorhangs, die schmerzhaft Teilung eines ganzen Volkes, seines Territoriums, seiner Familien, seiner Kultur, seiner Geschichte. Ein dauerhafter Friede schien plötzlich heraufzudämmern.

Als sich im Anschluss an die Feierstunde Freunde und Nachbarn samt Kindern zu einem Frühschoppen trafen, ertönte vor dem ersten Anstoßen ein Klopfen am Fenster. Zu unserer Feierlaune stieß ein befreundetes Ehepaar aus Breslau/Polen und fragte, ob sie mitfeiern dürften. Noch in der Nacht hatten sich die beiden mit ihrem kleinen Fiat Polski auf den 700-km-Weg gemacht, um unser Glück zu teilen. Es folgten ein großes Hallo, eine überaus herzliche Begrüßung und heiße Diskussionen über die Geschehnisse.

Erinnerungen von Werner Krauss

Dass die Überwindung einer über 40 Jahre dauernden Teilung einer Nation Zeit, Geld und Geduld erfordern würde, um auch wieder zu einer inneren Einheit mit vergleichbaren Lebensverhältnissen zu kommen, stand außer Frage. Doch war die Bereitschaft auf allen Seiten groß, einen Beitrag hierzu zu leisten.

Bereitwillig hat Werner Krauss, von 1975 bis 2007 Bürgermeister von Bad Teinach-Zavelstein, seine

Erinnerungen an diese faszinierende Phase deutscher Geschichte niedergeschrieben:

„Dass die Wiedervereinigung beider deutscher Staaten zu einem großen Teil gelungen ist, hat man den Bürgern beider Staaten zu verdanken. Die großzügige materielle Hilfe aus dem Westen mit der Einführung der D-Mark und damit einhergehenden umfangreichen Investitionen im öffentlichen und privaten Bereich waren ein wichtiger Schritt zur Herstellung annähernd gleicher Lebensverhältnisse in Ost und West.

Nicht vergessen werden darf das umfassende Engagement vieler Landräte, Bürgermeister und Gemeinderäte aus Baden-Württemberg beim Aufbau demokratischer Strukturen in den Landkreisen, Städten und Gemeinden Sachsens und Thüringens.

Mich hat der Weg nach Großweitzschen, einer Gemeinde im Landkreis Döbeln, mit etwa 1200 Einwohnern geführt. Die dortige Bürgermeisterin, Frau Gerda Köhler, habe ich im Rathaus Calw kennen gelernt. Das Rathaus in der Ortsmitte Großweitzschens war ein unscheinbares graues Häuschen, in dem Frau Köhler und eine Mitarbeiterin mich erwarteten. Bei einem ersten mehrstün-



Die Hauptakteure der Deutschen Wiedervereinigung fünfzehn Jahre nach den Ereignissen: Michail Gorbatschow, George H. Bush und Helmut Kohl

digen Gedankenaustausch wurde festgelegt, was vordringlich war. Hauptsächlich ging es um die Schaffung einer Rechtsgrundlage, nach der sich die Handlungsweise von Gemeinderat, Bürgermeisterin und Verwaltung zu richten hatte. Mustersatzungen des Baden-Württembergischen Gemeindetags sowie das in Bad Teinach-Zavelstein geltende Ortsrecht dienten als Vorlage. Auch wurde in der Gemeindekasse eine erste Eröffnungsbilanz gemacht, um zu wissen, wo die Gemeinde finanziell stand. Die Ausgangslage war sehr überschaubar und recht bescheiden. Mit einem ersten Grundwissen ausgestattet, habe ich dann an einem der folgenden Abende den dortigen Gemeinderat kennen gelernt. Es war nach einem Abtasten ein offenes Gespräch, bei dem es recht lebhaft und ohne große Redeordnung zuging. Jedenfalls wurde festgelegt, die Zusammenarbeit zu vertiefen mit der Folge, dass schon wenige Wochen später Frau Köhler und ihre Mitarbeiterin für einige Tage im Rathaus Bad Teinach zu Gast waren. Der Verwaltungsaufbau, dessen Funktion, das kommunale Kassen- und Rechnungswesen, die verschiedenen Gemeindeeinrichtungen, einfach alles, was eine Gemeindeverwaltung ausmacht, standen auf dem Besuchsprogramm. Kurze Zeit später folgte eine Abordnung des Gemeinderats, die sich vor allem für die süddeutsche Ratsverfassung interessierte. Eine Vielzahl von Formularen und Vordrucken wurde auf den Weg nach Großweitzschen gebracht, und es wurden auch zwei elektrische Schreibmaschinen sowie ein Faxgerät im dortigen Rathaus installiert. Weitere mehrtägige Aufenthalte in Großweitzschen in Begleitung von Mitarbeitern der Verwaltung



Ansichten von Großweitzschen

folgten in unregelmäßigen Abständen, was sicherlich die Gemeinde in ihrer Entwicklung nach vorn brachte. Sowohl für die Rathausbesetzung als auch den Gemeinderat Großweitzschens war es eine völlig neue Erfahrung, frei und ungezwungen seine Meinung äußern zu können und zu argumentieren. Dass dabei gelegentlich durcheinander geredet wurde, war eben dem Umstand geschuldet, dass man einfach zu viel auf einmal wollte. Jeder hatte halt ein gewisses Mitteilungsbedürfnis. Gern erinnere ich mich an einen Aufenthalt zusammen mit Gemeinderat Wolfgang Krieg [Architekt], bei dem es um die örtliche Bauplanung und die Bauleitplanung ging. In Großweitzschen hatte der Gemeinderat die Vision, mit der Erschließung größerer Bau- und Gewerbegebiete

folgten in unregelmäßigen Abständen, was sicherlich die Gemeinde in ihrer Entwicklung nach vorn brachte. Sowohl für die Rathausbesetzung als auch den Gemeinderat Großweitzschens war es eine völlig neue Erfahrung, frei und ungezwungen seine Meinung äußern zu können und zu argumentieren. Dass dabei gelegentlich durcheinander geredet wurde, war eben dem Umstand geschuldet, dass man einfach zu viel auf einmal wollte. Jeder hatte halt ein gewisses Mitteilungsbedürfnis. Gern erinnere ich mich an einen Aufenthalt zusammen mit Gemeinderat Wolfgang Krieg [Architekt], bei dem es um die örtliche Bauplanung und die Bauleitplanung ging. In Großweitzschen hatte der Gemeinderat die Vision, mit der Erschließung größerer Bau- und Gewerbegebiete

das große Geld machen zu wollen. Unsere Vorstellung war aber die, entsprechend dem Bedarf eine sinnvolle Grundstücks- und Bodenpolitik zu betreiben. Dass hinsichtlich des Grunderwerbs, einer unter Umständen notwendigen Baulandumlegung und der Erschließung hierfür Grundvoraussetzungen geschaffen werden müssen, war Neuland für Gemeinderat und Verwaltung. Die schwierigen Eigentumsverhältnisse machten die Sache nicht leichter. Wir haben uns darauf beschränkt, unser Wissen anhand von Vorgängen darzulegen und Wege einer gesunden Gemeindeentwicklung aufzuzeigen.

Fortschritte in der Verwaltungsstruktur des Landratsamts Döbeln und zahlreicher unterer Sonderbehörden waren im Laufe der Zeit deutlich erkennbar, denn ohne deren Hilfe und die entsprechenden finanziellen Fördermittel konnten keine Investitionen in die kommunale Infrastruktur bewerkstelligt werden. Dass großzügige personelle Unterstützung aus Baden-Württemberg und Bayern auf allen Verwaltungsebenen erfolgte, verlieh der Sache eine besondere Dynamik.

Es war wohl 1993 oder 1994, als der Bad Teinach-Zavelsteiner Gemeinderat einen Besuch in Großweitzschen machte. Trotz teilweise unterschiedlicher Auffassungen in kommunalpolitischer und gesellschaftlicher Hinsicht war das Treffen von Herzlichkeit geprägt. Ab 1995 gab es nur noch einzelne Telefonate, die zwischen den Verwaltungen hin und her gingen. Die Verwaltung in Großweitzschen hatte Fuß gefasst und zog in ein größeres Gebäude, in dem bessere Arbeitsbedingungen vorhanden waren. Frau Köhler wurde schließlich im Laufe der Jahre im Zuge einer Gemeindereform durch einen anderen Bürgermeister abgelöst.“

Soweit die Erinnerungen von Werner Krauss. Nun sind seit dem ersten „Tag der Deutschen Einheit“ 30 Jahre vergangen. Die Ereignisse dieser Phase haben viele persönliche Schicksale, mindestens von 17 Millionen ehemaligen DDR-Bürgern, aber auch das politische und gesellschaftliche Miteinander in der Bundesrepublik Deutschland massiv verändert und keinen, der diese bewegte Zeit erlebte, ließ sie unberührt.

Inzwischen ist jedoch längst eine Generation ins Erwachsenenalter getreten, die naturgemäß keine persönliche Erinnerung mit dem damaligen Geschehen verbindet und deren – nicht selten wenig detaillierten – Kenntnisse sich auf Hörensagen beschränken. So erscheint es gerechtfertigt, in diesem sonst regionale Themen bevorzugenden Periodikum die Darstellung einer äußerst komplexen Entwicklung zu versuchen, zumal auch die Zeitzeugen weniger werden.

Dramatik der Vorgänge bis zum Mauerfall

Unter dem Druck des wirtschaftlichen Niedergangs und der von Michail Gorbatschow (seit März 1985 Generalsekretär des Zentralkomitees der kommunistischen Partei der Sowjetunion und von März 1990 bis Dezember 1991 gleichzeitig Staatspräsident der Sowjetunion) geprägten Begriffen „Glasnost“ (Offenheit) und „Perestroika“ (Umbau), fand der bis dahin festgefügte Ostblock den Weg zu demokratischen Vorstellungen. Deutsche Politiker reagierten auf die sich anbahnenden Veränderungen, deren Tragweite zunächst noch völlig offen lag, sehr unterschiedlich. Willy Brandt gab in seiner Rede vom 1. September 1989 vor dem Deutschen Bundestag zum 50. Jahrestag des Überfalls auf Polen seiner Hoffnung Ausdruck, „dass eine Zeit zu Ende geht, in der es sich in unserem Verhältnis zum anderen deutschen Staat vor allem darum handelte, durch vielerlei kleine Schritte den Zusammenhalt der getrennten Familien und damit der Nation wahren zu helfen“.

Dagegen war Günter Gaus, der frühere Leiter der Ständigen Vertretung der Bundesrepublik Deutschland in der DDR, tief beunruhigt darüber, „dass ein großer Teil Europas ins Rutschen“ kommen („Spiegel“ vom 4. September 1989) und sich Anarchie und Instabilität einstellen könnten. Im Gegensatz zu Gaus verlangte Norbert Gansel (Vorsitzender des Parteirats der SPD) in einem in der „Frankfurter Rundschau“ abgedruckten Beitrag vom 11. September 1989, Druck auf die SED (Sozialistische Einheitspartei Deutschlands, Staats-



Kniefall Willy Brandts 1970 in Warschau vor dem Ehrenmal für die Opfer des Warschauer Aufstandes im Jahr 1944. Während der Kanzlerschaft Willy Brandts gingen viele Impulse für eine Ost-West-Entspannung von Bonn aus.



Der Ständige Vertreter der BRD, Gaus, im Gespräch mit dem Staatsratsvorsitzenden der DDR Erich Honecker.

partei der Deutschen Demokratischen Republik) auszuüben, um den Deutschen in der DDR „die historische Chance der Freiheit“ zu geben. Er rechnete jedoch nicht mit der Möglichkeit einer Vereinigung der beiden deutschen Staaten und plädierte sogar für den ausdrücklichen Verzicht auf die „chancenlose Vereinigung“.

Auch in der CDU sah man die heraufziehende Chance zu einer Vereinigung zunächst nicht. Kurz vor Beginn des 40. Jahrestags der Gründung der DDR vom 5.–7. Oktober 1989 erklärte Bundeskanzler Helmut Kohl, „wenn die DDR Reformen vornehme, dann werde die BRD wirtschaftliche Unterstützung leisten“, was von Honecker massiv abgelehnt wurde. Bei internen Gesprächen im DDR-Politbüro im Rahmen des Partei-Jubiläums, an dem auch Gorbatschow teilnahm, mahnte dieser, mit erforderlichen Änderungen nicht zu lange zu warten, eine Mahnung, die in dem bald geflügelten Wort gipfelte: „Wer zu spät kommt, den bestraft das Leben“. Am Montag, den 4. September hatten in Leipzig die Montagsdemonstrationen begonnen. Am 7./8. Oktober war es ausgehend vom Alexanderplatz in Berlin zu Demonstrationen gekommen, die, obwohl friedlich, mit großer Brutalität von MfS-Mitarbeitern (Ministerium für Staatssicherheit in der DDR, „Stasi“) beendet wurden.

Die Montagsdemonstration vom 9. Oktober 1989 mit etwa 70 000 Menschen ging ohne die befürchtete Gewaltanwendung zu Ende und brachte die Wende: Die Staatsmacht wich vor den Massenprotesten zurück. Es war klar, dass sie bei einer Zuspitzung nicht mit der militärischen Hilfe der Sowjetunion rechnen konnte. Egon Krenz, Stellvertreter von Honecker im Staatsrat und Mitglied des Politbüros, wandte sich mit weiteren Mitgliedern des Politbüros und anderen hohen Funktionären gegen Honecker, wobei der Sowjetbotschafter in Ost-Berlin Kotschemassow Krenz den Rücken stärkte: Das Wichtigste sei es, am folgenden Tag in Leipzig kein Blutvergießen zuzulassen. Unmittelbar nach dem Gespräch mit Krenz forderte Kotschemassow den Oberbefehlshaber der Westgruppe der sowjetischen Streitkräfte auf, in Leipzig nicht einzugreifen. In der Sitzung des Politbüros vom 10. und 11. Oktober nahm die Entmachtung Honeckers ihren Lauf. Bei der nächsten Montagsdemonstration in Leipzig mit 120 000 Teilnehmern, der bisher größten, forderten die Demonstranten freie Wahlen, Reise-, Presse- und Meinungsfreiheit sowie die Zulassung des „Neuen Forums“ (die im September 1989 gegründete, bedeutendste nach Demokratie strebende Bürgerbewegung der DDR). Die Sprechchöre skandierten „Wir sind das Volk“ und „Keine Gewalt“. Auch auf zahlreiche andere DDR-Städte hatten sich die Demonstrationen ausgeweitet.



*Montagsdemonstration in Leipzig
am 23. Oktober 1989*



*DDR-Flüchtlinge überwinden den Zaun um die
Botschaft der Bundesrepublik in Prag.*

Am 18. Oktober musste Honecker von all seinen Ämtern zurücktreten und Krenz wurde zu seinem Nachfolger ernannt. Der gut informierte Gorbatschow und mit ihm die Sowjetunion griffen in die Geschehnisse nicht ein. Die SED sollte ihre Probleme allein lösen. Am 24. Oktober wurde Egon Krenz von der Volkskammer zum neuen Staatsratsvorsitzenden gewählt. Da er dem alten Parteikader entstammte, fehlte es ihm jedoch an Glaubwürdigkeit: Die Demonstrationen gingen weiter und weiteten sich aus. Auch eine Ablösung zahlreicher Funktionäre, darunter Erich Mielke und Margot Honecker Anfang November 1989, konnte die Dynamik der Ereignisse nicht eindämmen. Über die Tschechoslowakei, in die ab dem 1. November wieder visafreie Reisen gestattet waren und die seit dem 3. November ihre Grenzen zur BRD für DDR-Bürger geöffnet hatte, nahm die Massenflucht dramatische Ausmaße an.

Damit waren die Würfel gefallen. Grenzschließung und Mauer gegenüber der BRD hatten ihren Sinn verloren. Im Verfall des zweiten deutschen Staats überschlugen sich die Ereignisse. Der Versuch, durch ein Reisegesetz mit Visumpflicht das Abströmen ihrer Bürger zu kanalisieren, war nicht durchsetzbar. Am 7. November trat die Regierung Stoph zurück und am Tag darauf folgte der kollektive Rücktritt des gesamten Politbüros.

Der Mauerfall

Am Nachmittag des 9. November unterbrach Egon Krenz die ZK-Beratungen wegen des Ausreise-Problems, worauf es zum folgenschweren Beschluss kam, ab dem kommenden Tag, dem 10. November, kurzfristig auszustellende Genehmigungen für Reisen und ständige Ausreisen in Aussicht zu stellen. Der seit dem Vortag für die Medien zuständige ZK-Sekretär Günter Schabowski, der sich während der Beratungen nicht im Sitzungssaal aufgehalten hatte, wurde beauftragt, den Beschluss bei einer auf 18:00 Uhr anberaumten Pressekonferenz vorzutragen und erhielt zur Information einen Zettel von Egon Krenz mit dem Entwurf einer Verordnung, den er offensichtlich nicht oder nur flüchtig las.

Erst als er gegen Ende der Konferenz auf den angekündigten Reisegesetzentwurf angesprochen wurde, verwies er auf eine neue Regelung und zog jenen Zettel heraus, der das Schicksal der DDR besiegelte. Er verlas die wesentlichen Teile des Entwurfs. Auf die Nachfrage, wann die neue Regelung in Kraft trete, erfolgte die unsicher wirkende Antwort „sofort, unverzüglich“ und auf die zusätzliche Nachfrage, ob dies auch für Berlin gelte, zitierte er die Vorlage: „Die ständige Ausreise kann über alle Grenzübergangsstellen der DDR zur BRD bzw. zu Berlin-West erfolgen.“ Die letzte Frage, die Schabowski gestattete, bevor



Pressekonferenz, auf der ZK-Sekretär Schabowski die Reisefreiheit für DDR-Bürger bekannt gab.



Menschen auf der Berliner Mauer vor dem Brandenburger Tor am 10. November 1989.

er gegen 19:00 Uhr die Konferenz verließ, hatte das Schicksal der Berliner Mauer zum Thema. Sie wurde ausweichend beantwortet: Abrüstungsschritte der Bundesrepublik und der Nato würden hinsichtlich der Beziehungen zwischen DDR und BRD einen positiven Einfluss haben.

Niemand von uns, der die Ereignisse in der DDR mit Sorge, Anspannung und extremer innerer Anteilnahme verfolgte, wird die Bilder und Dramatik jener Pressekonferenz je vergessen, die sofort durch alle Medien verbreitet wurden. In Bonn tagte der Bundestag, als die Meldung eintraf. Nach einer etwa 20-minütigen Unterbrechung wurde die Sitzung durch Bundestagspräsidentin Annemarie Renger fortgesetzt. Die Redner aller vertretenen Parteien kamen zu Wort und zum Sitzungsende erhoben sich alle Anwesenden und sangen die Nationalhymne. Jeder Zweifel war ausgeschlossen: Die Deutsche Demokratische Republik hatte kapituliert!

Der folgende Ansturm von Ost-Berlinern führte zu bewegenden Szenen und Begegnungen. Berlin wurde quasi über Nacht wieder zu *einer* Stadt. Der Rest der Welt freute sich mit den Deutschen. Mein Sohn Marcus, der unter dem Eindruck des 40jährigen DDR-Jubiläums eine Reise angetreten hatte, war zu dieser Zeit in einer entlegenen Region Nord-Indiens unterwegs. Am Morgen des 10. Novembers trat ein Inder auf ihn zu und fragte: „Aren't you German?“ Und nach seiner Bestätigung: „Lucky man! The

border in Berlin is open, people are dancing on the wall.“ (Bist du nicht Deutscher? Glücklicher Mann, die Grenze in Berlin ist offen, die Leute tanzen auf der Mauer.) Aufgeregt rief er zu Hause an und wollte wissen, „was geht denn in Berlin ab“.

Kanalisierungsversuche bei der Auflösung eines totalitären Staates

In Berlin kam es am Tag nach der Maueröffnung zu einer unüberschaubaren Versammlung von Menschen vor dem Schöneberger Rathaus. Helmut Kohl, der vorzeitig von einem Besuch in Warschau nach Berlin geeilt war, trug einer Bitte Gorbatschows Rechnung und bemühte sich – wie auch die anderen Redner (Brandt, Bundesaußenminister Genscher und Momper, Regierender Bürgermeister von Berlin) – beruhigend auf die Versammelten einzuwirken. Von staatlicher Wiedervereinigung war nicht die Rede. Nationaler Überschwang sollte – auch mit Rücksicht auf das Ausland – vermieden werden.

Wie in breiten Teilen der SPD und der Grünen waren sich auch in der DDR Oppositionelle wie auch die unter dem neuen Vorsitzenden des Ministerrats Hans Modrow weiterhin regierende SED einig in der Ablehnung einer Wiedervereinigung. Man träumte von einem „dritten Weg“ zwischen Kommunismus und Kapitalismus.



Helmut Kohl, Walter Momper und Willy Brandt (von rechts) vor dem Schöneberger Rathaus.



Hans Modrow am 13. November 1989, dem Tag seiner Ernennung zum Vorsitzenden des Ministerrats der DDR, vor der Presse.

Helmut Kohl nutzte die Gunst der Stunde

Doch die Demonstranten in Leipzig und weiteren Städten der DDR steuerten das Geschehen zunehmend in Richtung Einheit. Nun entschloss sich Kohl zu einem Vorstoß. Vor allem mit Kanzlerberater Horst Teltschik formulierte er die am 28. November im Bundestag vorgetragenen Zehn Punkte, die im letzten Punkt in der Aussage gipfelten: „Dass aber die Einheit kommen wird, wenn die Menschen in Deutschland sie wollen, dessen bin ich sicher [...]. Die Wiedervereinigung, das heißt die Wiedergewinnung der staatlichen Einheit Deutschlands, bleibt das politische Ziel der Bundesregierung.“ Zu der immer noch offenen Frage der endgültigen polnischen Westgrenze an Oder und Neiße findet sich unter den zehn Punkten keine Aussage.

Als promovierter Historiker war Helmut Kohl zweifellos mit der Einstellung Bismarcks vertraut, der sich – wie Gordon Craig in seinem Werk „Deutsche Geschichte 1866–1945“ darlegt – „1866 überzeugt äußerte, dass es in der Außenpolitik Augenblicke gibt, die nie wieder kommen, und dass die Pflicht des Staatsmannes darin besteht, sie beim Schopfe zu fassen und aus den in ihnen steckenden Möglichkeiten das Beste zu machen“.

Mit Ausnahme der Grünen unterstützten die übrigen Parteien im Bundestag das Zehn-Punkte-Programm des Kanzlers. Während der amerikanische Präsident George H. Bush Kohl sofort seine Unterstützung zusagte, war man in London und Paris irritiert und verärgert. Auch Moskau reagierte schroff ablehnend. Neben der West- und Europa-Integration standen vor allem Fragen hinsichtlich der Oder-Neiße-Grenze im Raum. Die positive amerikanische Haltung zur Wiedervereinigungsfrage war für Kohl von zentraler Bedeutung. Mit diesem Rückenwind gelang die Verständigung mit Frankreichs Präsident François Mitterrand, wobei dem deutschen Kanzler ein hoher Preis abverlangt wurde: Er stimmte einer europäischen Währungsunion als Unterpfand für eine Unumkehrbarkeit der europäischen Einigung zu.

Dagegen hatte sich Oskar Lafontaine, Ministerpräsident des Saarlands, der sich als neuer Kanzlerkandidat der SPD zu etablieren suchte, auf Konfrontationskurs begeben. Er bezeichnete Anfang Dezember 1989 das Zehn-Punkte-Programm als großen diplomatischen Fehlschlag und begab sich in vehemente Opposition. Nun spaltete sich die SPD in zwei Lager: ein den Kanzler unterstützendes um Hans-Jochen Vogel und Willy Brandt, und ein ablehnendes mit Oskar Lafontaine.



Egon Krenz (2. v.l.) am Runden Tisch, 22. Januar 1990.



Eröffnung des Brandenburger Tores am 22. Dezember 1989. Am Mikrophon der Oberbürgermeister von Ost-Berlin Erhard Krack, rechts von ihm der West-Berliner Regierende Bürgermeister Walter Momper, Helmut Kohl und Hans-Dietrich Genscher.

Wegfindungs-Vorstellungen in der Noch-DDR

Derweil gingen die grundlegenden Veränderungen in der DDR weiter. Ende November wurde gegen Honecker ein Parteiverfahren eingeleitet und Anfang Dezember folgten die Einleitung von Disziplinarverfahren wegen Amtsmissbrauch und Korruption gegen Honecker, Mielke, Stoph und andere. Kurz darauf wurde diese Gruppe aus dem Zentralkomitee und der SED ausgeschlossen. Das Politbüro und Zentralkomitee mit Egon Krenz an der Spitze traten zurück. Krenz wurde von Hans Modrow als letztem Vorsitzenden des Ministerrats abgelöst.

Das Gefüge der Blockparteien löste sich durch den Austritt von DDR-CDU und der Liberal-Demokratischen Partei Deutschlands (LDPD) auf, und es formierte sich der „Runde Tisch“, zusammengesetzt aus Vertretern der alten Parteien und den neuen Kräften der Bürgerrechtsbewegung. Am 7. Dezember 1989 trat dieser erstmalig zusammen, die beiden Kirchen stellten die Moderatoren.

Ziel war zunächst, einen gewaltfreien Übergang zu einer demokratisch legitimierten Regierung zu ermöglichen. Dazu war für den 6. Mai 1990 die erste freie Volkskammerwahl geplant, die dann aber unter dem Druck der Ereignisse auf den 18. März

vorgezogen wurde. Nun standen an der Spitze als „alte Kräfte“ zwar nicht mehr die langgedienten Funktionäre, die ja weitgehend aus ihren Ämtern entfernt worden waren. Dagegen hatte sich die Parteibasis kaum verändert, hier behielten die alten Kader weiterhin die Oberhand. Die SED verwandelte sich in die SED/PDS, wobei der zweite Namensteil für „Partei des Demokratischen Sozialismus“ stand. Gregor Gysi begründete die Nichtauflösung der SED mit dem Einsatz vieler Mitglieder zur Erneuerung und Rettung der Partei. Einen entscheidenden Grund verschwieg Gysi wohlweislich: Kaum eines der Parteimitglieder war zu einem Verzicht auf das SED-Parteivermögen bereit. Die anderen ehemaligen Blockparteien dagegen vollzogen weitgehende Wendungen und kehrten zu ihrem ursprünglichen Gedankengut zurück. Die Ost-CDU mit Lothar de Maizière an der Spitze schwenkte in die Richtung von Kohls 10 Punkten, wobei allerdings der Begriff „Wiedervereinigung“ auf Ablehnung stieß, da Deutschland „endgültig und unwiderruflich in Auschwitz gestorben“ sei.

Die Liberal-Demokratische Partei Deutschlands (als weitere Blockpartei) hatte sich schon vor der CDU von der SED distanziert, der Vorsitzende Manfred Gerlach trat zunächst für einen „Sozialismus mit humanem Antlitz“ ein, favorisierte dann aber ab 19. Dezember 1989 eine soziale und ökologische Marktwirtschaft.

Die ostdeutschen Sozialdemokraten bekannten sich nach anfänglich abweichenden Überlegungen früh zu einer Einheit der deutschen Nation und gingen damit über die Vorstellungen vieler westdeutscher Sozialdemokraten hinaus. Jedoch entwickelte sich das Verhältnis zwischen den Schwesterparteien rasch freundschaftlich. Beim Programm-Parteitag der SPD am 18. Dezember 1989 lehnte Markus Meckel, zweiter Sprecher der Ost-SDP, einen deutschen Sonderweg ab und plädierte für eine baldige Konföderation der beiden deutschen Staaten. Beim gleichen Parteitag, der mit seinem 76. Geburtstag zusammenfiel, hielt der Ehrenvorsitzende Willy Brand eine Rede, die sich mit der deutschen Frage befasste, und erklärte: „Wir können helfen, dass zusammenwächst, was zusammengehört. Eine Wiedervereinigung von Teilen, die so noch nie zusammen waren, wird es nicht geben; eine Rückkehr zum ‚Reich‘ erst recht nicht.“ Und an die Andersdenkenden wie Lafontaine und Günter Grass (der eine flammende Rede gegen eine Wiedervereinigung hielt) in seiner Partei gewandt: „Die jungen Deutschen von heute wollen Frieden und Freiheit wie die Jungen [...] in anderen Ländern auch [...]. Noch so große Schuld einer Nation kann nicht durch eine zeitlos verordnete Spaltung getilgt werden.“

Unterschiedliche Vorstellungen entwickelten die verschiedenen Bürgerrechtsbewegungen. Der „Demokratische Aufbruch“ bekannte sich zu einer sozialen Marktwirtschaft mit hohem ökologischem Anspruch und zur Einheit der deutschen Nation mit einem entmilitarisierten blockfreien Deutschland. Die Gruppe „Demokratie Jetzt“ plädierte für einen Drei-Stufen-Plan, lehnte einen Anschluss an die BRD vorläufig ab und sprach sich für einen zukünftigen „Bund Deutscher Länder“ mit einer dualen Staatsbürgerschaft aus. Jedoch standen Bürgerrechtler, die das Heil in einem „dritten Weg“ sahen und die deutsche Einheit ablehnten, bald auf verlorenem Posten. In großen Schritten kam es zur Lösung von den Vorstellungen einer Zweistaatlichkeit und von Sozialismus.

Konträre Haltungen in der politischen Führung der Bundesrepublik und Forderungen der DDR-Bewohner

Während Oskar Lafontaine in seiner Rede am 19. Dezember klarlegte, warum für ihn eine Wiedervereinigung nicht in Frage kam, traf sich Kanzler Helmut Kohl in Dresden mit dem DDR-Ministerpräsidenten Modrow, um über eine deutsche Vertragsgemeinschaft zu reden. Er wurde mit „Helmut-Helmut“-Rufen begrüßt, vor den Ruinen der Frauenkirche wehte ein Meer von schwarz-rot-goldenen Fahnen, die Menge skandierte „Deutschland-Deutschland“, „Einheit-Einheit“ und „Deutschland einig Vaterland“. Kohl reagierte in seiner Rede besonnen, sprach von Augenmaß, bekannte sich aber auch klar zu seiner Linie: „Mein Ziel bleibt, wenn die Stunde es zulässt, die Einheit unserer Nation. [...] Gott segne unser deutsches Vaterland.“ Zu den mit Modrow getroffenen Vereinbarungen gehörten visafreie Einreisen von Bundesbürgern in die DDR und nach Berlin schon zum Heiligen Abend. Am Brandenburger Tor sollte ein Fußgänger-Übergang eröffnet werden, womit auch symbolisch die Lösung der deutschen Frage offenstehen sollte.

Einreiseerleichterung für Bundesbürger

Als im Dezember 1989 in allen Medien verkündet wurde, dass ab dem 24.12.1989 auch die Einreise für Bundesbürger in die DDR erleichtert würde, fiel bei meiner Frau und mir rasch der Entschluss, die Neuerungen zu testen. Langwierige Antragsverfahren, Visa, Aufenthaltsgenehmigung sollten entfallen, ebenso die Festlegung auf vorgeschriebene Reiserouten und polizeiliche An- und Abmeldepflicht am Zielort. Der „verbindliche Mindestumtausch“ 1:1 von zuletzt 25 DM West in DDR-Mark (im üblichen Sprachgebrauch als Zwangsumtausch und Eintrittsgeld bezeichnet) entfiel und wurde durch eine Umtauschmöglichkeit von Westmark zu Ostmark im Verhältnis 1:3 ersetzt. Seit November waren zahlreiche neue Grenzübergangsstellen geschaffen worden. So machten wir uns an Silvester 1989 zu einer Reise

ins Neuland auf. Wir hatten zwar schon recht oft im Transit nach Westberlin und Polen die DDR durchquert, aber die Freude daran blieb verhalten. Nach endlosen Wartezeiten vor der Grenze gehörte die schikanöse Inspektion von Fahrzeug und Reisenden dazu. Von überheblich blaffenden Beamten kamen die Standardfragen: „Ham’se Woffen, Monitiön, Funggeröte?“ Da Waffen mit Munition und Funkgeräte nicht zu unserem üblichen Reisebedarf gehörten, konnten wir stets guten Gewissens verneinen. Als nächstes folgte das „Gänsefleisch“: „Gänsefleisch den Göfferraum öffnen.“ Das war nicht als Frage gedacht, sondern als unverzüglich zu befolgender Befehl, der die Durchsuchungsprozedur einleitete.

Doch jener Silvesternachmittag ließ uns kaum unseren Wahrnehmungen trauen: Ohne nennenswerte Verzögerung konnten wir an einer kleinen Grenzkabine vorfahren, und als wir dabei waren, unseren Reisepass durch das Autofenster zu reichen, kam von innen: „Härzlich willkommen in der Deitschen Demokrotischen Repoblik!“ An den Brücken fanden sich quer gespannte Spruchbänder mit: „Wir begrüßen die Bundesbürger.“ Damit endete das Staunen noch nicht. Wir konnten uns frei bewegen und erstmalig Uta und den Markgrafen Ekkehardt, die wunderbaren Stifterfiguren des Naumberger Doms, mit eigenen Augen betrachten, die wir bisher nur von Abbildungen her kannten, in Potsdam Schloss Sanssouci und das Neue Palais, in Leipzig das Gewandhaus und noch den Harz besuchen. Und wir erlebten auch, in welch marodem Zustand sich dieser Staat befand. Dem penetranten Gestank aus einer Mischung von Braunköhlerrauch und Zweitakt-(Trabbi-)Abgasen war nicht zu entkommen, und auch in so wunderschönen Orten wie Quedlinburg hatten ganze Straßenzüge den Zustand fortgeschrittenen Zerfalls erreicht.

Interessengemeinge im Einigungsprozess

Es war klar, dass der militärische Status eines vereinten Deutschland zum problematischsten Thema bei den anstehenden Verhandlungen

werden würde. Vom amerikanischen State Department unter Außenminister James Baker kam der Vorschlag, die Verhandlungen nach der Formel Zwei (deutsche Staaten) plus Vier (ehemalige Besatzungsmächte) zu führen, was Genscher begrüßte und die übrigen Verhandlungspartner akzeptierten. Ein Verzicht auf die Einbindung in die Nato für einen zukünftigen vereinten deutschen Staat konnte nicht zur Debatte stehen. Genscher brachte, die Interessen der Sowjets respektierend, die weitere NATO-Mitgliedschaft für ganz Deutschland, aber mit einer entmilitarisierten Zone des DDR-Bereichs zur Sprache. Insbesondere die amerikanische Seite bestand jedoch auf der Maximalforderung nach uneingeschränkter NATO-Mitgliedschaft.

Zunächst offen war auch der rechtliche Weg, auf dem eine Vereinigung erfolgen sollte. Kanzler Kohl machte sich für den Weg nach Artikel 23 des Grundgesetzes stark, der eine Inkraftsetzung dieser bewährten Grundlage der BRD nach einem Beitritt in anderen Teilen Deutschlands ermöglichte. Den anderen möglichen Weg zeigte Artikel 146: „Das Grundgesetz verliert seine Gültigkeit an dem Tage, an dem eine Verfassung in Kraft tritt, die von dem deutschen Volke in freier Entscheidung beschlossen wird.“ Schärfster Kritiker eines Beitritts nach Artikel 23 war wieder der Ministerpräsident des Saarlands Oskar Lafontaine und mit ihm bis auf wenige Ausnahmen die gesamte SPD in West und Ost sowie der Runde Tisch.

Selbstbedienungsdenken in der zusammenbrechenden DDR und erste freie Wahlen

Derweil nahm das wirtschaftliche Desaster des gescheiterten Staates jedoch von Tag zu Tag zu, was sich im Anschwellen des Stroms von Abwanderern niederschlug. Anfang März 1990 beschloss der Runde Tisch ein „Begünstigungsgesetz“, das letztlich der verdienten DDR-Nomenklatura den Erwerb von Immobilien in besten Lagen zu Schleuderpreisen ermöglichte. Das untergehende Regime zeigte sich ein letztes Mal für treue Dienste erkenntlich. Am gleichen Tag wurde eine

„Sozialcharta“ beschlossen, wobei es sich faktisch um eine vorsorgliche Besitzstandswahrung handelte, die als Verpflichtung für die Bundesregierung in Bonn nach einer Vereinigung gedacht war: Das Dokument enthielt das Recht auf Arbeit einschließlich Kündigungsschutz, Verkürzung der Arbeitszeit mit vollem Lohnausgleich und Ausspernungsverbot bei Arbeitskämpfen, kostenlose Aus- und Weiterbildung, kostenlosen Schwangerschaftsabbruch und freie gesundheitliche Betreuung sowie Wohnen mit staatlich kontrollierter Mietpreisbindung.

Die erste freie Wahl konnte die CDU als Teil des Wahlbündnisses der „Allianz für Deutschland“ mit Abstand für sich entscheiden. Die PDS als Nachfolgepartei der SED kam immerhin auf 16,4 %. Die Wahl war somit zu einem Plebiszit für den Beitritt der DDR zur Bundesrepublik geworden. Die Bürgerrechtsgruppen verloren mit ihren Vorstellungen von einem „Dritten Weg“, der als Wunschenken mit Realitätsverlust galt, jeden Rückhalt. Die Ironie der Geschichte brachte es mit sich, dass insbesondere die Arbeiter des „Arbeiter- und Bauernstaats“ diesem die schärfste Abfuhr erteilten.

Am 5. April trat die erste frei gewählte Volkskammer zusammen und eine Woche später verabschiedete sie eine „Gemeinsame Erklärung“ aller Fraktionen, in der sie sich zu ihrer geschichtlichen Verantwortung gegenüber dem zugefügten Leid im Nationalsozialismus, dem Völkermord an den Juden und zu den der Sowjetunion zugefügten Leiden bekannte. Für die Niederschlagung des Prager Frühlings 1968 mit Hilfe von DDR-Truppen bat man die Tschechoslowakei um Entschuldigung. An Polen gewandt wurde die Unverletzlichkeit der polnischen Westgrenze betont.

Beginn der Zwei-plus-Vier-Verhandlungen

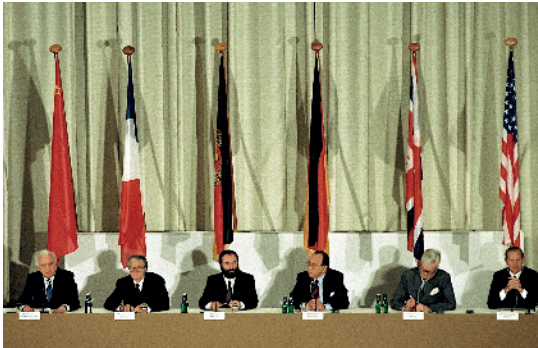
Trotz des massiven Eintretens der Briten unter ihrer Regierungschefin Margaret Thatcher gegenüber Gorbatschow, den USA und Frankreich, um die Einheit zu verhindern, konnten am 5. Mai die Zwei-plus-Vier-Gespräche beginnen. Vor allem

vier Problemfelder standen an: einmal die Grenzen, zum zweiten der politisch-militärische Bereich, drittens die Berlinfrage und schließlich, viertens, die abschließende völkerrechtliche Regelung und Ablösung der Rechte und Verantwortlichkeit der Vier Mächte.

Nach den ersten drei Verhandlungswochen war man im zweiten Problembereich nicht weitergekommen: Das „Njet“ der Sowjets hinsichtlich einer NATO-Mitgliedschaft des neuen Einheitsstaats blieb unverändert. Zeitgleich hatten aber auch die enormen wirtschaftlichen Probleme der Sowjetunion massiv zugenommen und die Hilferufe an den Westen, namentlich an die BRD und die USA, häuften sich. Die BRD gewährte einen Kredit über 5 Milliarden DM und in Moskau begann ein Umdenken. Im Rahmen von Gesprächen am 31. Mai in Washington stimmte Gorbatschow zur Bestürzung seiner Berater Präsident Bush zu: Gemäß der Schlussakte der Konferenz von Helsinki hätten alle Staaten das Recht, ihre Bündniszugehörigkeit frei zu wählen, also auch Deutschland. Das war der Durchbruch, der Generalsekretär konnte nun nicht mehr zu seiner harten Linie zurückkehren. In einer Reihe weiterer Gespräche, unter anderem auch in Münster, wo 1648 der Dreißigjährige Krieg beendet worden war und nun die Beendigung des 40jährigen Kalten Kriegs erreichbar schien, näherte man sich an.

Konstruktion der Wirtschafts-, Währungs- und Sozialunion

Ministerpräsident Lothar de Maizière, nach Mordrow zum Ministerpräsidenten gewählt, trat in seiner Regierungserklärung für eine möglichst schnelle Einheit unter guten, zukunftsfähigen Rahmenbedingungen ein und appellierte an die Bundesbürger, „die Teilung kann nur durch Teilen aufgehoben werden.“ Für Löhne, Gehälter, Renten und Sparguthaben forderte er einen Umtauschkurs 1:1. Die Bodenreform stellte er nicht zur Disposition. Zu seinem Programm gehörte eine Dezentralisierung der Macht durch Wiederherstellung der Länder.



Pressekonferenz im Rahmen der Zwei-plus-Vier-Gespräche am 5. Mai 1990 in Bonn: Die Außenminister Schewardnadse (UdSSR), Dumas (Frankreich), Meckel (DDR), Genscher (BRD), Hurd (Großbritannien) und Baker (USA).



Die Außenminister der beteiligten Staaten nach dem Abschluss der Zwei-plus-Vier-Verhandlungen am 12. September 1990 im Moskauer Hotel „Oktober“.

Wenige Tage später vereinbarten Kohl und de Maizière in der schwierigen Frage des Umtauschkurses eine differenzierte Lösung: Bei Löhnen, Gehältern, Renten sowie bei Bargeld und Guthaben bis 4.000 Ost-Mark sollte ein Umtauschkurs von 1:1 gelten, bei darüber hinaus gehenden Beträgen und Schulden von Betrieben von zwei Ostmark gegen eine D-Mark. In Anbetracht der sehr niedrigen Produktivität der DDR-Wirtschaft war klar, dass es sich hier um eine politische Maßnahme handelte, die wirtschaftlich nicht gerechtfertigt war.

Die Sätze für den Umtausch von Sparguthaben wurden kurz darauf auf Betreiben von de Maizière nochmals im Hinblick auf die unterschiedlichen Lebenserwartungen differenziert: Für Personen zwischen 15 bis 60 Jahren galt die vereinbarte Obergrenze von 4.000, bei Kindern konnten maximal 2.000 und bei Rentnern 6.000 Ostmark im Verhältnis 1:1 in DM getauscht werden. Für staatseigene Unternehmen der DDR wurde eine Treuhandgesellschaft vorgesehen. Im Kern sollte die Wirtschaftsunion zu einer möglichst raschen Anpassung an BRD-Verhältnisse führen. Schon am 18. Mai 1990 unterzeichneten die beiden Finanzminister Theo Waigel und Walter Romberg den Staatsvertrag über die Schaffung einer Währungs-, Wirtschafts- und Sozialunion.

Am 21. Juni 1990 wurde der Vertrag von Volkskammer und Bundestag verabschiedet und am folgenden Tag – gegen die Stimmen des Saarlands und Niedersachsens – vom Bundesrat gebilligt. Gleichzeitig verabschiedeten die beiden Parlamente auch eine „Entschließung zur deutsch-polnischen Grenze“, die deren Endgültigkeit und Unverletzlichkeit erneut bestätigte und gegenseitige Gebietsansprüche ausschloss.

Als am 1. Juli dann die Währungs-, Wirtschafts- und Sozialunion in Kraft trat und ab 0.00 Uhr der Geldumtausch anließ, wurde dies von den DDR-Bürgern als zutiefst einschneidendes Erlebnis wahrgenommen. Sie waren den Deutschen im Westen ein gewaltiges Stück näher gekommen, zumal gleichzeitig die innerdeutschen Grenzkontrollen entfielen.

Bei nüchterner Betrachtung konnten jedoch keine Zweifel bestehen: Betriebe, Verkehrswege, Wohn- und Produktionsanlagen einschließlich der Umwelt in weiten Teilen der DDR befanden sich in einem desaströsen Zustand. Die Kosten der Einheit würden gigantisch sein! Dies wollte die Bundesregierung mit Kanzler Kohl und Finanzminister Theo Waigel weder wahrhaben noch offenlegen, vor allem weil im Herbst Wahlen anstanden. Nach den Verlautbarungen der Bundesregierung sollte die Finanzierung der Einheit durch Wirtschaftswachstum und nicht



Menschen vor dem Brandenburger Tor in der Nacht vom 2. auf den 3. Oktober 1990.

durch Steuererhöhungen erfolgen, wobei dieses Mittel aber – wenn überhaupt – allenfalls langfristig funktionieren konnte. Aktuell blieb als Weg nur eine entsprechende Verschuldung, die dann im „Sonderfonds Deutsche Einheit“ verschleiert wurde, wobei sich die Neuverschuldung der Bundesrepublik schon 1990 mehr als verdoppelte.

Endgültige Einigung beim Treffen Kohl-Gorbatschow

Am 15. Juli traf Kohl mit seiner Delegation auf Einladung Gorbatschows in Moskau ein. Kohl war für den Zentralsekretär inzwischen zum wichtigsten westlichen Gesprächspartner geworden, kein anderes Land war zu ähnlich weitreichenden materiellen Hilfen bereit. In den nächsten Tagen zog man sich in die Heimat des Generalsekretärs im Kaukasus zurück, wodurch vertrauliche Gespräche im kleinsten Kreis und ohne DDR-Vertreter gelangen. Die Frage Kohls, ob Gorbatschows Zusagen bedeuteten, dass Deutschland mit der Einigung volle Souveränität erlange, wurde von Gorbatschow mit „selbstverständlich“ beantwortet. Voraussetzung sei jedoch, dass der Geltungsbereich der NATO nicht auf das Territorium der DDR ausgedehnt werde, solange dort noch sowjetische Truppen stationiert seien. Kohl erklärte sich darauf bereit, den Abzug der Sowjet-Truppen finanziell zu unterstützen.

Damit waren politisch die Würfel endgültig gefallen. London und Paris spielten allenfalls noch eine Nebenrolle. In Moskau, Washington und Bonn saßen die entscheidenden Akteure und hier standen die Signale auf Fahrt. Nach Klärung zahlloser offener Detailfragen und Turbulenzen in der Ostberliner Regierungskoalition legte am 23. August die Volkskammer den Mittwoch 3. Oktober 1990 als Tag des Vollzugs der deutschen Einheit fest. Das Plenum jubelte.

Wenige Stunden später erfolgte die Ankündigung durch Kohl im Bundestag mit einem Dank an alle vergangenen und gegenwärtigen Akteure, insbesondere auch an Bush, Mitterrand und Gorbatschow. Der Name von Margaret Thatcher fiel dabei nicht. Am 31. August wurde der Vertrag zur Deutschen Einheit paraphiert. Dieser bestimmte, dass die fünf neuen Länder Brandenburg, Mecklenburg-Vorpommern, Sachsen, Sachsen-Anhalt und Thüringen durch den Beitritt zum Geltungsbereich des Grundgesetzes Teile der Bundesrepublik Deutschland wurden.

Am 12. September sorgte noch einmal eine Forderung von Briten und Amerikanern, auf dem bisherigen DDR-Gebiet Manöver abzuhalten, für gravierende Unstimmigkeiten. Diese konnten durch eine von Baker und Genscher ausgearbeitete Protokoll-Notiz entschärft werden. Der „Vertrag über die abschließende Regelung in Bezug auf Deutschland“ (so der offizielle Titel) beendete somit definitiv die Nachkriegs- und Besatzungszeit und garantierte dem vereinten Land die volle Souveränität. Er enthält die vereinbarten Aussagen über die Grenzen des vereinigten Deutschlands, den Verzicht auf ABC-Waffen, die Erklärung zur Begrenzung der deutschen Streitkräfte und das Recht, Bündnissen mit allen sich daraus ergebenden Rechten und Pflichten anzugehören.

Vollendung der Wiedervereinigung

Niemand blieb unberührt, als sich am Abend des 2. Oktober 1990 in Berlin auf dem Platz der Republik in Berlin eine unüberschaubare Menschenmenge

versammelte. Um Mitternacht erklangen die Schläge der vom Schöneberger Rathaus übertragenen Freiheitsglocke (die 1956 von amerikanischen Bürgern gestiftet worden war). Über dem wiederaufgebauten Reichstag (noch ohne Kuppel) zog die Fahne der Bundesrepublik empor, und Bundespräsident Richard von Weizsäcker verkündete über das Mikrofon: „Die Einheit Deutschlands ist vollendet. Wir sind uns unserer Verantwortung vor Gott und den Menschen bewusst. Wir wollen in einem vereinten Europa dem Frieden der Welt dienen.“ Die Menge sang „Einigkeit und Recht und Freiheit für das deutsche Vaterland“.

Probleme und Ernüchterung

Die deutsche Teilung war rechtlich beendet, aber die faktische Einheit noch lange nicht hergestellt. Eine Fülle von Fragen bedurfte einer Regelung. Um nur einige exemplarisch zu nennen: Allen voran mussten Eigentumsfragen, der Umgang mit den Staatsbetrieben der ehemaligen DDR und die Finanzierung der Einheit geklärt werden. Die vereinbarten Grundgesetzänderungen zum Asylrecht und zu Schwangerschaftsunterbrechungen mussten geschaffen, die rechtliche Aufarbeitung zahlloser Vorgänge einschließlich der Todesschüsse an der Mauer mit mindestens 138 Toten musste angegangen werden. Der Umgang mit der NVA (Nationale Volksarmee) war zu klären. Die Hauptstadtfrage Berlin versus Bonn bedurfte einer Entscheidung. Die Liste ließe sich fast beliebig verlängern, es ist nicht möglich, alle der äußerst vielfältigen Problemfelder hier darzustellen.

Es konnte nicht ausbleiben, dass sich rasch Ernüchterung einstellte. Wie fremd sich die Mentalitäten in West und Ost geworden waren, wie wenig man voneinander wusste, stellte sich schnell heraus. Die besserwisserischen Besserwessies als diejenigen, die versuchten, die unwissenden, leistungsschwachen und vor allem mit Wünschen überfrachteten Osis über den Tisch zu ziehen, wurden zu Zerrbildern von West- und Ost-Bürgern. Andererseits gab es – wie schon eingangs bemerkt – auch eine Fülle von Westbür-

gern und -Institutionen, die uneigennützig Hilfe anboten. Aber es dauerte, bis die gegenseitige Akzeptanz sich nach und nach entwickelte.

70 Jahre Grundgesetz, Rück- und Ausblick

Mit dem kompletten Zusammenbruch des Dritten Deutschen Reichs 1945 war ein massiver und irreversibler politischer, gesellschaftlicher und moralischer Bruch einhergegangen. Der Reichs-Mythos, seit Karl dem Großen (als End-Reich vor der Wiederkehr des Antichristen) religiös aufgeladen und seit Friedrich I. („Barbarossa“) mit dem Attribut „heilig“ versehen, hatte in Anbetracht der monströsen Verbrechen, die im Namen der deutschen Nation begangen wurden, seine integrative und identitätsstiftende Funktion endgültig eingebüßt. Aber nach 1945 war eine neue identitätsstiftende Grundordnung unverzichtbar – und möglich. Dem haben letztlich die 61 Väter und vier Mütter unseres Grundgesetzes Rechnung getragen und das am 8. Mai 1949 von diesem Parlamentarischen Rat verabschiedete Werk so weitsichtig gestaltet, dass sich unter diesem ein (erstmalig zum 30. Jahrestag des Grundgesetzes von Dolf Sternberg, Begründer der Nachkriegs-Politologie, Heidelberg, publizierter) „Verfassungs-Patriotismus“ entwickeln konnte, der auch die Revision der nachkriegsbedingten Teilung Deutschlands möglich machte. So ist es heute noch (mit relativ wenigen Änderungen) die identitätsstiftende Grundlage für eine immer inhomogener werdende Gesellschaft, deren Zusammengehörigkeitsgefühl nicht mehr in ethnischen, religionsbedingten oder kulturellen Kategorien bestehen kann, sondern sich ganz wesentlich an der verbindenden und verbindlichen Verfassung orientieren muss.

Wirft man einen Blick auf die heutigen gesellschaftlichen Debatten, die unter dem Eindruck des „Eindringens von Fremden“ und einer sich verändernden Parteienlandschaft stehen, so wird ein wenig reflektiertes emotionales Nachschwingen der abgeschlossenen „Reichs-Phase“ deutlich. Aber das historische Erbe der Menschheitsverbrechen im

letzten Abschnitt der Reichsidee muss Mahnung bleiben, wie es eine Denkschrift der evangelischen Kirche von 1985 darlegt. 1990 fand die Nicht-Souveränität der Bundesrepublik ihr Ende und die Tätergeneration ist inzwischen ausgestorben. Ob dies dazu berechtigt, in Fragen verantwortlichen Handelns in der Gemeinschaft westlicher Demokratien einen neuen deutschen Sonderweg zu beanspruchen, muss kritisch gesehen werden.

Kritisch gesehen werden muss auch die Tendenz der heutigen Bürger, in einer recht bequemen Situation ihre „Friedensdividende“ einzustreichen und sich – überspitzt formuliert – aus Herausforderungen, die sich im Rest der Welt auftun, möglichst herauszuhalten. Die Bundesrepublik ist – entsprechend ihrer Geographie – im Zusammenspiel mit der Auflösung des Ostblocks 1989–91 und der schrittweisen Erweiterung der Europäischen Union nach Osten Macht der Mitte geworden. Die zukünftige Rolle Europas und das Schicksal der Europäischen Union werden entscheidend von ihr abhängen. Infolge der zu Tage getretenen und mit der Gefahr der Instabilität einhergehenden Probleme, insbesondere der europäischen Südländer sowie des Ausscheidens Großbritanniens aus der Verantwortungsgemeinschaft, sind zwangsläufig Gewicht und Verantwortung der Bundesrepublik weiter gestiegen. Hinzu kommt der Rückzug der USA als westliche Führungsmacht. Bedenklich muss stimmen, dass die hohe Akzeptanz, die der europäischen Idee entgegengebracht wurde, in faktisch allen europäischen Staaten und leider auch in Deutschland gesunken ist. Nach dem Scheitern von Nationalismus in den beiden desaströsen Kriegen des 20. Jahrhunderts bleibt sie jedoch das politische Hoffnungsprojekt meiner Generation (Jahrgang 1940).

Literaturhinweis

Diese Darstellung erhebt nicht den Anspruch einer wissenschaftlichen Arbeit und bekennt sich zu subjektiven Zügen, die stark durch das eigene Erleben mitbedingt sind. Sie verzichtet daher auch auf einen Quellenapparat: Es gibt unzählige Quellen aller Art, diese systematisch aufzuarbeiten, mag von Wissenschaftlern zu bewältigen sein. Bei der vorliegenden Darstellung der Ereignisse hat vor allem das Werk von Heinrich August Winkler „Der lange Weg nach Westen“, zuerst erschienen 2000, Verlag C. H. Beck, München, entscheidend geholfen. Auf seine akribische, höchst detaillierte und übersichtliche Darstellung sei ausdrücklich verwiesen. Wesentliche Aspekte der neuen Aufgaben Deutschlands in Europa hat Herfried Münkler in seinem ausführlichen Essay „Macht der Mitte“, Edition Körber-Stiftung, 2015, Hamburg dargelegt. Danken möchte ich Frau Katrin Meletzky, Leipzig, die den Text lektorierte und als Zeitzeugin ihre Aspekte einbrachte.

Bildnachweis

- S. 1: Mitteilungsblatt der Stadt Bad Teinach-Zavelstein
- S. 2: Bundesarchiv
- S. 3: wikimedia commons
- S. 5 links: www.zeitklicks.de
- S. 5 rechts: Bundesarchiv, Bild 183-N0916-023
- S. 6 links: Bundesarchiv, Bild 183-1989-1023-022
- S. 6 rechts: wikimedia commons
- S. 7 links: Bundesarchiv, Bild 183-1989-1109-030
- S. 7 rechts: wikimedia commons
- S. 8 links: Bundesregierung/Lehnartz
- S. 8 rechts: Bundesarchiv, Bild 183-1989-1113-054
- S. 9 links: Bundesarchiv, Bild 183-1990-0122-022
- S. 9 rechts: Bundesarchiv, Bild 183-1990-0412-024
- S. 13 links: Bundesregierung/Schambeck
- S. 13 rechts: Bundeszentrale für politische Bildung (picture-alliance/dpa)
- S. 14: Bundesarchiv, Bild 183-1990-1003-400



Kreisgeschichtsverein
Calw e.V.